

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis: Bei der Post geholt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jäger.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Zeitungs- oder deren Raum 25 Pfg., Restraum jeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 236

Bielefeld-Bethel, Donnerstag, den 9. Oktober 1919.

Jahrgang 1.

**Herz, freu' dich! Du sollst werden
vom Elend dieser Erden
und von der Sündenarbeit frei.**

Paul Gerhardt.

Japaner über Deutschlands Zukunft.

Von Hans Lamberg.

Vor einiger Zeit gingen durch die deutsche Presse Stimmen aus japanischen Kreisen, die dem Unwillen über den Versailler Gewaltfrieden Ausdruck verliehen. Nun bringen eben eingetroffene japanische Blätter Aussprüche führender Männer des Kaiserreichs, die der Hoffnung auf Deutschlands Wiederaufblühen unzweideutigen Ausdruck verleihen.

Marquis Schigenobu Okuma, der greise demokratische Staatsmann, der als japanischer Ministerpräsident am 23. August 1914 an Deutschland den Krieg erklärt hat, schreibt u. a.:

„Die deutsche Nation ist zu dem Schluß gekommen, daß ihr nichts anderes übrig bleibt, als die Friedensbedingungen des Verbandes anzunehmen. Denn eine Ablehnung hätte weitere Auszehrung und Invasion zur Folge gehabt. Natürlich wird Deutschland nun auch die ihm auferlegten Bedingungen zu erfüllen haben. Dagegen bin ich der Ansicht, daß es zuviel von einem besiegten Feind verlangt ist, zuzugeben, daß sein ehemaliger Kaiser vor ein internationales Gericht gestellt werde. England und Frankreich, die durch den Krieg schwer gelitten haben, sind gerade in diesem Punkt außerordentlich hart und bestehen auf ihrem Schein. Viel nachsichtiger ist hierin schon Amerika, und Japan vertritt hier ebenfalls sehr gemäßigte Anschauungen. Vielleicht wäre es das Beste, den Kaiser ohne jede gerichtliche Formlichkeit, wie Napoleon den Ersten, nach einer Insel zu verbannen, wodurch es ihm unmöglich wird, jemals wieder irgendwelchen Einfluß auszuüben.“

Was die Entschädigung anbelangt, so glaubt Okuma, Deutschland sei reich genug, sie in einer bestimmten Zeit von Jahren zu bezahlen. Der Verlust von Elsaß-Lothringen und dem Saargebiet sei zweifellos ein schwerer Schlag für die deutsche Industrie. Erstens aber könne Deutschland auf die Gegen von Straburg für Mineralbelieferungen rechnen und zweitens seien die Deutschen ein fleißiges Volk und in wissenschaftlicher Hinsicht einfach unerreicht; das würde sie befähigen, den Kohlenmangel durch größere Ausnutzung der Wasserkraft zu ersetzen. „So“, meint der etwas optimistische Okuma, „wäre es sehr weit hergeholt, wollte man zu dem Schluß kommen, daß die deutsche Industrie nach dem Krieg schwer und lange daniederliegen wird.“

Zu der Deutschland auferlegten militärischen Abrüstung sagt der japanische Staatsmann:

„Die Verbandsmächte haben Deutschlands militärischen Rüstungen Grenzen vorgeschrieben. Ich möchte es aber bezweifeln, daß diese künstlichen Vorschriften auf die Dauer wirkungsvoll bleiben werden. Amerika hat nun zwar sein drittes Flottenbauprogramm annulliert; es kann sich dies aber leisten, denn die vereinigten Flotten von England und den Vereinigten Staaten beherrschen heute schon die Welt. Meiner Ansicht nach liegt die Wahrheit darin, daß erst die Flotten Englands und der Vereinigten Staaten im Atlantischen-Ozean verankert sein müssen, bevor an einen wirklichen Weltfrieden gedacht werden kann. Sollten die beiden Mächte aber fortfahren, eine überwiegende Seegewalt auszuüben, dann wird sich recht bald wieder eine Liga gegen sie bilden, und der Weltfriede wird ebenso bedroht sein, wie seinerzeit durch Deutschlands Heer. Andererseits kann heute noch kein Mensch voraussehen, ob Deutschland, wenn es erst wieder seine Stärke zurückgewonnen hat, sich nicht einfach über die ihm zwangsweise auferlegten militärischen Beschränkungen hinwegsetzen wird. Wenn ein Volk fortwährend durch andere Völker in seiner natürlichen Entwicklung behindert wird, dann muß es eines Tages explosionsartig diese Bande sprengen, wenigstens, wenn das Volk seine alten moralischen Qualitäten behält, und unter dem Druck des Joches nicht degeneriert. Ich glaube daher, daß die Hoffnung vorhanden ist, daß Deutschland eines Tages

seine alte Kraft wiedergewinnt. Ich bin der Ansicht, daß es seine Kraft rascher wiedergewinnen wird als Frankreich.“

Infolge des Krieges, sagt Okuma weiter, sei Deutschlands Bevölkerung vermutlich von 68 Millionen Menschen auf 60 Millionen herabgesunken. Rechne man aber die 12 Millionen Deutsch-Österreicher dazu, dann habe man eine Summe von 72 Millionen Deutschen. Das heiße, die Deutschen würden auf dem europäischen Festlande an Zahl gleich hinter den Slaven kommen. Weiter: das deutsche Land werde 250 000 Quadratmeilen groß sein. Das heiße, selbst besetzt, werde Deutschland eine Großmacht bleiben. Komme erst der Völkerverbund, dann werde Deutschland einer seiner mächtigsten Mitglieder sein. So lange ein oder zwei Länder die herrschende Macht in Händen hätten, sei der Friede auf der Welt ein Phantom.

„Oder in klaren und prägnanten Worten: der wahre Weltfriede wird erst dann den Menschen beschert sein, wenn eine Macht auftritt, stark genug, um England und die Vereinigten Staaten in Schach zu halten. Deutschland, das in naher Zukunft wieder emporsteigen wird, wird sich noch als der Eckstein des europäischen Friedens erweisen. Deutschland wird jetzt seine ganze Kraft auf die Wirtschaft, nicht mehr wie früher auf Heer und Flotte werfen. In Südamerika, in der Südsee, in China, kurz überall auf der Erde wird Deutschland in dieser Hinsicht sich bald bemerkbar machen. Im Gegensatz zu den Briten, die sich mit Vorliebe auf große Unternehmungen werfen, ist der Deutsche immer bereit gewesen, sich an irgendeinem Unternehmen zu beteiligen, das nur Nutzen abzuwerfen verspricht. Und in diesem Zusammenhang muß zugegeben werden, daß die Deutschen es verstanden haben, sich das Vertrauen der Chinesen in hohem Maße zu erwerben.“

So weit Marquis Okuma. Ich füge hier bei, daß Okuma, der bekanntlich wiederholt japanischer Ministerpräsident gewesen ist, heute, wie eine führende japanische Wirtschaftszeitung sich ausdrückt, „die öffentliche Meinung Japans vertritt wie kein Zweiter.“

Vizeadmiral Kato (nicht identisch mit dem Minister Kato) schreibt: die Frage, wie Deutschland es nach dem Friedensschluß anstellen werde, um seine alte Kraft wieder zu gewinnen, nehme sein ganzes Interesse in Anspruch. Er habe das unabwiesbare Gefühl, daß Deutschlands Zukunft durch den Krieg eine noch glänzendere geworden sei, als sie ohne den Krieg gewesen wäre. Trotzdem Deutschland besiegte wurde. Kato fährt dann fort:

„Die Deutschen werden zu der Erkenntnis erwachen, daß es ihre Aufgabe ist, der Welt einschneidende soziale Änderungen zu bringen. Sie werden sich eine ideale Regierung schaffen und werden auf wirtschaftlichem und allgemein zivilisatorischem Gebiet Hervorragendes leisten. Was immer auch die Verbandsmächte versuchen mögen, um Deutschland niederzuhalten, die Deutschen sind so fleißig und besitzen derartig hervorragende organisatorische Fähigkeiten, daß sie sicherlich nicht nachgeben werden. Im Gegenteil, die fürchterliche Probe, der man sie jetzt unterworfen hat, wird sie nur festigen. Aus der Weisklut der Prüfung werden sie zu Stahl geschmiedet hervorgehen. Sie werden ihre ganzen Energien auf die wirtschaftliche Entwicklung konzentrieren und werden einen energiegelassen Wirtschaftskrieg in allen Teilen dieser Erde führen. Ich glaube, daß Rußland das erste Feld deutscher Unternehmungen im Ausland sein wird. Deutschland wird an Amerika eine Stütze finden. Wenn Deutschland daher treulich die durch den Friedensvertrag übernommenen Pflichten erfüllt, wird es wohl in Amerika einen Helfer bei seiner Arbeit des Wiederaufbaues haben.“

Kurz, ich glaube, die Deutschen werden uns beweisen, daß sie mehr als fähig sind, es mit den Verbandsmächten wirtschaftlich aufzunehmen. Eine neue Zivilisation wird von Deutschland ausgehen, und es wird sich zeigen, daß Deutschland dazu berufen ist, jene Mächte, die unter der Maske der Gerechtigkeit und Humanität ihre selbstsüchtigen Ziele verfolgen, im Zaum zu halten.“

Nach dem Staatsmann und dem Admiral nun noch ein Kaufmann: Okumura Kadoso, Direktor des Welthauses Okura u. Co.; er schreibt:

„Wie weit die deutsche Industrie durch den Krieg ruiniert wurde, läßt sich heute noch nicht sagen. Also ist es auch noch nicht möglich, festzustellen, wann Deutschland sich wieder erholt haben kann. Viele Japaner glauben, daß es lange dauern werde. Diese Auffassung halte ich für unbe-

dingt falsch. Man wird der Wahrheit viel näher kommen mit der Annahme, daß Deutschland seine alte wirtschaftliche Kraft viel rascher wiedergewonnen haben wird, als es heute den Anschein hat. Denn auch in der Vergangenheit war Deutschlands wirtschaftlicher Aufstieg das Resultat schwerer Kämpfe mit zahllosen Schwierigkeiten.“

„D. Allg. Ztg.“

Bilderbühnenbund deutscher Städte.

Das Kino ist seit der Revolution immer tiefer gesunken. Wie soll das noch einmal enden? Im August des Jahres erließ der Vorsitzende des Bilderbühnenbundes deutscher Städte, Oberbürgermeister Dr. Ademann aus Stettin, ein Rundschreiben, in dem es heißt: „Wo seid ihr nun, deutsche Städte? Wollt ihr es euch entgehen lassen, in diesem Reiche des Lichtspiels ein Gebiet des Reinen und Vorbildlichen zu schaffen? Die Filmgenur ist gefallen; Kitsch und Schund beginnen, sich auf dem Filmmarkt schlimmer denn je zu regen. Daß die Selbstsucht der geschäftlichen „Branche“ sich plötzlich in „Selbstzucht“ verwandeln sollte, dürfte eitle Hoffnung sein. Nur freie Auswahl seitens selbstloser und einsichtiger Reformer kann das Gute vom Schlechten scheiden und nur ihr Zusammenschluß kann das Bessere zu einer Macht im Leben des Volkes erheben.“

Darum schließt euch zusammen, deutsche Städte. Organisiert und regelt eure Gemeinschaft zum gemeinnützigen Zweck, in welcher Form es auch sei, in irgend einer sonst schon bewährten Form! Es gibt Arbeit und Kampf mit mächtigen und schwerfälligen Gewalten! Die „Kommunalisierung“ gibt euch unter Umständen neue wirksame Hilfsmittel in die Hand! Ergreife die Führung, wer der Bester ist — ein Besserer, wenn irgend möglich, als die bisher das Fährlein schwangen und zum Vortritt bliesen! Alles sei ihm bereitwilligst überantwortet, was in wohlmeinender Vorarbeit zustande gebracht worden ist! Aber steht nicht zweifelnd oder abwartend abseits! Kommt und helft mit Rat und Tat und solange kein besserer Rat da ist!

Haltet zum Bühnenbunde, gebt den bescheidenen Tribut, den seine bisher geltende Satzung fordert, in die Kriegskasse, damit dem kleinen Vortrupp, der immer noch dienstwillig und kampfmütig auf der Markstraße blieb, die Kraft nicht verfliehe! Beachtet, was der Bilderbühnenbund euch bietet; helft es zu mehren und zu bessern, und spart nicht die Kritik, wo ihr Anlaß dazu findet!“

Der Ruf hat bisher noch nicht genug Beachtung gefunden. Die Zahl der Mitglieder des Bilderbühnenbundes beträgt allerdings etwa 100. Es kommt aber jetzt darauf an, daß sich die Städte nun wirklich betätigen, indem sie gemeinsame Musterlichtspielbühnen nach dem Vorbild der Stettiner „Arantia“ und Schul-Lichtspielvorführungen in mustergültiger Weise in Gang bringen. Die Stettiner „Arantia“ ist ein Beweis dafür, daß solche städtischen Lichtspielbühnen durchaus auf ihre Kosten kommen und viel Gutes schaffen können. Das geschaffene Vorbild müßte die Nachfolge erleichtern, und die neuen Kommunalisierungsbestrebungen, sowie die Kultur- und Reformbestrebungen unserer jetzigen Machthaber müßten dem Fortschritt unserer Lichtspielreform zugute kommen. Es wird Zeit, daß einzelne Städte hier in Westdeutschland versuchen, etwas Ähnliches zu schaffen, wie es Stettin schon hat. Es ist dabei nicht notwendig, einfach das Stettiner „Arantia“-Vorbild nachzuahmen. In unsern großen Städten kann etwas etwas Bodenständiges und etwas Eigenartiges entstehen.

Aber auch unsere kleinen Städte, selbst die Landgemeinden, können hier Gutes wirken und Böses verdrängen. Der westfälische Landgemeindevorstand hatte sich der Gemeindeflichtspielkassen vor dem Krieg ernsthaft angenommen. Man hatte sogar eine Geschäftsstelle für diese Dinge errichtet, und der damalige Kultusminister hatte die Sache nicht nur beachtet, sondern auch finanziell unterstützt. Der Krieg hat leider diese Ansätze samt und sonders vernichtet. Es ist Zeit, daß man den Schutt wieder beseitigt und auf dem alten Fundament weiterbaut. Sollte die heutige Regierung derartigen Plänen weniger wohlwollend gegenüberstehen, als die alte, wo es sich um Kommunalisierung der Lichtspiele handelt?

So wie die Sache jetzt steht, kann es auf keinen Fall weitergehen. Unser deutsches Volk ersticht sonst in Schmutz und Schund und in all den ekelhaften Aufklärungsfilmen, die jetzt serienweise einem wahnwichtigen Publikum vorgeführt werden.

Dr. Sellmann.

Das „befreite“ Reichsland.

Elßaß-Lothringen behält vorläufig seine Verfassung.

Die Franzosen haben bis zur Stunde wenig Freude an dem „befreiten“ Elßaß-Lothringen erlebt. Die zehn Monate französische Verwaltung haben genügt, um das Volk die geordnete Wirtschaft der deutschen Behörden nachträglich noch schäßen zu lernen. Durch die Massenausweisungen der deutschen Beamten ist der gesamte Verwaltungsapparat empfindlich gestört worden, und den französischen Nachfolgern gelang es vielfach nicht, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Mit der Zeit bemächtigte sich der Bevölkerung eine ernste Unzufriedenheit, die durch die Unterdrückung der deutschen Muttersprache verstärkt wurde. Die Verdrängung des deutschen Elementes führte oft zur Schädigung der Einheimischen, die mit den vertriebenen Deutschen vielfach durch verwandtschaftliche Bande verknüpft waren.

Mit großer Sorge bemerkten die Franzosen das Anwachsen der Unabhängigkeitsbestrebungen. Selbst der Generalkommissar für Elßaß-Lothringen Millebrand konnte in der französischen Kammer diese Bewegung nicht ableugnen und empfahl daher, die Bevölkerung mit Güte und Zuverlässigkeit zu behandeln. Die Mißstimmung der „befreiten Brüder“ sucht die französische Regierung zunächst dadurch zu beseitigen, daß man dem Lande vorläufig noch seine alte Verfassung beläßt. Die französische Deputiertenkammer hat die Regierungsvorlage über die vorläufige Verfassung Elßaß-Lothringens bereits angenommen. Die beiden Provinzen behalten demnach bis zur gesetzlichen Regelung ihre alte Verfassung. Clemenceau bleibt im Besitz der Regierungsgewalt, die er auch fernerhin durch den Generalgouverneur Millerand ausüben läßt und für deren Handhabung er nur gegenüber dem französischen Parlament verantwortlich ist. Die endgültige gesetzliche Organisation Elßaß-Lothringens bleibt dem künftigen französischen Parlament vorbehalten, zu dem die drei Kreise Elßaß, Unterelßaß und Lothringen bei den bevorstehenden Wahlen insgesamt 24 Deputierte und 14 Senatoren zu ernennen haben.

Ob sich dann die Elßaß-Lothringer mit dem Uebergang der Verwaltung nach Paris abfinden werden, möchten wir doch bezweifeln. Das bisherige Ergebnis der französischen Verwaltungswirtschaft wird die Elßaß-Lothringer für eine Zentralregierung von Paris aus kaum groß begeistern können. Die letzten Nachrichten aus Elßaß-Lothringen lassen eher das Gegenteil vermuten. Die gegenwärtig in Metz in deutscher Sprache erscheinenden Blätter führen eine dermaßen scharfe Sprache gegen die französische Verwaltungswirtschaft, wie wir sie in der deutschen Presse bis jetzt kaum zu lesen gewohnt sind. Der unfehlbare Mächtigste der Metzger Bürgermeisters Bankier Brebel, des Günstlings der französischen Regierung, sowie des südlichen überfranzösischen Gemeinderates von Metz ist auf die erfolgreiche Polemik des „Metzger freien Journals“ zurückzuführen, das auch für die Erhaltung der deutschen Sprache in Elßaß-Lothringen zumal gelegentlich des letzten Eisenbahnerstreiks mehrfach mit Erfolg eingetreten ist. Der große Eisenbahnerstreik endete bekanntlich mit dem völligen Sieg der Eisenbahner, die die Wiedereinführung der deutschen Sprache als Amtssprache neben der französischen Sprache sowie ferner die Beseitigung der mißliebigen obersten, aus Frankreich nach dem Elßaß verlegten Eisenbahnbeamten als Hauptforderung aufstellten und auch durchdrückten. Jetzt wird wieder von einer neuen Bewegung unter den lothringischen Eisenbahnern berichtet. Auch unter der Industrie und Bergarbeiterschaft gärt es dauernd, so daß die Franzosen wahrlich keinen Anlaß haben, sich der zurückeroberten „Tochterprovinzen“ zu erfreuen.

Sie suchet nicht das Ihre.

(Erzählung von Lilli Gottfried.)

Dora schloß die Augen; und ein Schatten ging über ihr Gesicht. „O Dora, was ist dir? Du schidst mich doch nicht weg? Dora, liebste, liebste Dora, sag' mir's, daß du mich ein wenig willst, ein wenig!“ Sie sah ihn an — mit einem Blick voll Liebe und Schmerz.

„Zu spät!“ sagte sie mit zuckenden Lippen und legte die Hände vors Gesicht, die hervorstürzenden Tränen zu verbergen.

„Dora!“

Wie ein Angstschrei klang es durchs Zimmer. Er lag vor ihr auf den Knien und umfaßte sie mit beiden Armen, als wolle er sie nimmer loslassen. Dora legte wie zum Segen ihre Hand auf sein Haupt.

„Fritz“, sagte sie innig, „laß mich ziehen! Sieh, ich wär' ja so gern bei dir geblieben, aber — ich bin nicht mein eigen. Der das erste Recht an mich hat, der will mich heimführen, und ich folge ihm gern. Nur der Abschied von dir macht mir das Sterben schwer. Sei stark, Fritz, und hilf mir!“

Er antwortete nicht. Wie ein Wurm wand er sich vor seinem Gott, und seine Seele rang lange vergebens um Stille. Alles in ihm bäumte sich auf gegen diese Forderung. Einmal war sein Liebster ihm genommen worden. Er hatte es willig hingegeben, wenn auch mit blutender Seele. Er war einsam gewesen lange Jahre, er hatte nicht gemurt. Endlich schien auch für ihn ein Glück bereit; zum zweiten Mal sollte er's hingeben, ehe er's recht besessen. Er konnte es nicht glauben. Und doch: es wurde von gefordert, er wußte es nur zu gut. Sollte er seinem die Treue künden? Nein, nein! er konnte ja nicht mehr ihn, jetzt erst recht nicht!

Schafft Einwohnerwehren!

„Unterdrückung der Gefahr ist der größte Fehler!“ Von der Zentralstelle für Einwohnerwehren beim preussischen Ministerium des Innern wird in einem amtlichen Schreiben erneut und eindringlich auf die Wichtigkeit der Einwohnerwehren hingewiesen. In der Mitteilung heißt es u. a.:

„Mit allen Mitteln der Propaganda setzen die Vorkämpfer ihren Vorgesetzten gegen die ihnen verhassten Einwohnerwehren, die Notwehrorganisationen gegen Umsturz und Terror, fort. Es führte zu weit, die Vorgesetzten über verkappte Reaktion, Unterbringung der abzulebenden Heereswaffen in den Einwohnerwehren, Bewaffnung der Jugend und alle die sonstigen, oft geradezu lächerlichen Märgen immer einzeln zu widerlegen.“

Kürzlich verbreiteten sie, daß bei den Rösslinen Lebensmittellieferungen die Einwohnerwehren schmächtig verfaßt habe und sogar entwaffnet worden sei. Dort war die Bildung der Wehr an dem Widerstande des Magistrats gescheitert. Außer der Polizei bestand nur eine unzureichende Organisation von militärischen Zeitfreiwilligen, die mit der Einwohnerwehre gar nichts zu tun haben. Eine tüchtige Einwohnerwehre hätte sicherlich jene bedauerlichen Ausschreitungen verhindert. Die Rössliner Ereignisse sollen von neuem alle noch zaudernden Städte und Kreise mahnen, sich eiligst starke Einwohnerwehren zu bilden, wenn sie sich vor unabsehbaren Schäden schützen wollen. Es ist nicht nötig, daß die blutigen Erfahrungen, die in Berlin, Hamburg, Bremen, Kassel und anderen Städten widerstandsfähige Wehren entstehen ließen, erst immer wiederholt werden.

Es heißt vorzubeugen, und die Gemeinden, die ja doch den Schaden tragen müssen, tun gut, zu befolgen, was ihnen Unterstaatssekretär Revald kürzlich in der Nationalversammlung riet, sich rechtzeitig durch Einwohnerwehren gegen Tumulte zu schützen. Unterdrückung der Gefahr ist der größte Fehler. Reichwehrruppen und Polizei, auf die die Wehr auch ihren zureichenden Einfluß auszuüben veruchen, reichen zum Schutz nicht aus. Der schwerste deutsche Winter steht vor der Tür. Um durch die Not zu kommen muß der mächtige Block der Einwohnerwehren immer fester zusammengeschlossen werden.“

Der Rückzug der Rumänen.

Stotendemonstration vor Konstanza.

Die Herren Rumänen haben sich jetzt nun endlich doch bewegen geführt, mit der Rumänung Ungarns bis zu der von der Entente festgesetzten Demarkationslinie Ernst zu machen. In Budapest gut unterrichteten Kreisen erhält sich hartnäckig das Gerücht, die Entente habe vor ungefähr acht Tagen an die rumänische Mission in Budapest und an die rumänische Regierung in Bukarest eine sehr energische Note gerichtet, in der sie die Rumänen aufforderte, binnen acht Tagen auf die alte Demarkationslinie an der Maros zurückzugehen. Die Rumänen hätten diese Forderung nicht beachtet, worauf die Entente mit der Flotade gedroht hätte. Da auch diese Drohung nichts gefruchtet habe, seien französische, englische und italienische Kriegsschiffe vor Konstanza erschienen und hätten tatsächlich diesen Hafen blockiert. Das rumänische Kommando in Bukarest hat den Befehl, jede Veröffentlichung hierüber strengstens verboten.

Aus Budapest sind die rumänischen Truppen zum größten Teil bereits zurückgezogen worden. Am Sonntag hat die letzte rumänische Abteilung nach verlassen, wohin eine Stunde später die ungarischen Truppen unter dem Jubel der Bevölkerung eingerückt sind. Gleichzeitig wird aus Stuhlweissenburg gemeldet, daß die ungarischen Truppen dort ebenfalls eingezogen seien, nachdem die Rumänen auf der ganzen Linie den Rückzug angetreten hätten und die Städte Pápa, Szeged und Stuhlweissenburg geräumt hätten.

Aus Budapest wird gemeldet, daß dort 1800 englische Soldaten angekommen sind und man noch weitere 2000 italienische erwartet. Diese Truppen sollen nach dem Abmarsch der Rumänen den Polizeidienst verrichten.

„Herr, mein Gott, hilf mir!“ schrie seine Seele. „Ich will den Kelch trinken, gib mir nur Kraft dazu!“

Der Sieg war gewonnen. Dora sah es an dem veränderten Ausdruck des vor ihr Knien, und ein stummes, heißes Dankgebet stieg aus ihrem Herzen auf. Es hatte schier brechen wollen beim Anblick dieses furchtbaren Ringens, und ihre Seele hatte mitgerungen um Kraft und Ergebung für den Geliebten. Jetzt war sie zum Tode erschöpft.

„Fritz“, sagte sie leise. Er hob den Kopf. Stiller Friede durchleuchtete das leidvolle Antlitz, das sich ihr zuwandte. „Fritz, ich glaube, es ist besser, du gehst jetzt. Schide mir, bitte, Hanna herein. Ich möchte zu Bett. — Bin sehr müde.“ Er machte sich bittere Vorwürfe, daß er sie durch sein ungestümes Wesen so erregt hatte. Reumütig sahen die großen, ersten Kinder Augen zu ihr auf.

„Vergib mir, Dora! Es ging über meine Kraft.“ Mit äußerster Anstrengung beugte sie sich vor, nahm seinen Kopf in beide Hände, schaute ihm tief, tief in die Augen und küßte ihn — zum ersten Mal in ihrem Leben, — ob auch zum letzten Mal? Dann lehnte sie sich müde in die Kissen zurück.

Fritz Barben ging. Es war ihm, als könne er sich nicht losreißen, als müsse er bei ihr bleiben — immer, immer. Er gab sich einen Ruck und ging. In der Tür wandte er sich um und umfaßte noch einmal die liebe Gestalt mit einem langen, langen Blick.

„Behüt' dich Gott, mein Herzlieb! Bis morgen!“ — „Morgen?“ —

So früh es anging, war Barben am nächsten Morgen zur Stelle. Die Fenster waren noch verhangen, aber die Haustür war offen. Schwester Hanna kam ihm mit verweinten Augen entgegen und reichte ihm stumm eine bebende Hand.

Die Nationalversammlung.

— Berlin, 7. Oktober 1919.

Große politische Aussprache in der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung hatte heute nach ihrer Rückkehr ins Berliner Reichstagsgebäude ihren ersten großen Tag. Wie früher unter dem alten Regime, so sollte auch heute die Besprechung des Haushalts des Reichskanzlers und der Reichsfinanzlei die Gelegenheit zu einer großen politischen Aussprache geben. Diese Aussprache dürfte um so größeres Interesse beanspruchen, als sie nach der Umbildung des Reichstables netts und nach dem Eintritt der Demokraten in die Regierung stattfindet. Außerlich zeigte der Reichstag das Bild eines großen Tages. Die Tribünen waren gut besucht, das Haus stark besetzt. Auf den Regierungsbänken hatten die Mitglieder des Reichsministeriums Platz genommen. Kurz vor Eröffnung der Sitzung erschien auch der

Reichskanzler Bauer.

der nach Erledigung der üblichen kleinen Anfragen das Wort zu einer einstündigen Rede über die Regierungspolitik und die gesamte politische Lage ergriß.

Zunächst gab er die Namen der neuen Reichsminister bekannt: Schiffer und Koch. Das Reichsministerium für Wiederaufbau ist noch immer offen. Anschließend ging der Reichskanzler dann auf die Wahlen zum Reichstag ein und führte aus, daß sie kaum vor dem Frühjahr nächsten Jahres würden stattfinden können. Die Nationalversammlung habe noch eine große Anzahl weiterer Gesetze zu erledigen. Er sie an die Beratung der Wahlgesetze herangehen kann. Die Arbeiterräte und der Reichswirtschaftsrat, die Steuergesetze, der Etat und die Wahlgesetze, das Mannschafts- und Heimstättenversorgungsgesetz werden unbedingt noch von diesem Hause erledigt werden. Hier auf führte der Reichskanzler weiter aus:

Eins darf ich dankbar und freudig feststellen: es geht wieder ein Zug nach Arbeit durch das Volk. Ich bilde mir nicht ein, wir seien nach unserem tragischen Zusammenbruch nun schon über den Berg. Es wird immer noch viel zu viel gestreift, aber wenn es auch heute noch politischen Einseitigkeiten gelingt, bald hier, bald dort die Arbeiter aus den Betrieben herauszubringen, die wilde, stets bereite, unbedenkliche Streikluft ist verrückt. Der Streik wird wieder und muß wieder werden das letzte wirtschaftliche Kampfmittel, das eine zweischneidige Waffe ist. An das Streikrecht als wirtschaftliches Kampfmittel darf nicht gerührt werden. Wenn aber die Arbeitslosigkeit im Abwachen begriffen ist, die andere nicht minder unheilvolle steht noch in voller Blüte, die Korruption! Eine moralische Erkrankung ohne gleichen gilt es hier in allen Schichten zu bekämpfen mit allen Mitteln, mit aller Erbarmungslosigkeit, ohne irgendein Ansehen der Person. Wir wissen, was wir besonders unseren Beamten an Ehr- und Anerkennung schulden, aber gerade den unantastbaren Beamten gegenüber sind wir verpflichtet, gegen die Korruption innerhalb des Beamtentums aufs schärfste einzuschreiten, um es wieder zu dem zu machen, was es war: eine Körperschaft von sprichwörtlicher Unbestechlichkeit! Auch die parlamentarische Tätigkeit dieses Winters wird in großem Umfange in der Feststellung der Rechte der wirtschaftlich Schwächeren, vor allem der Arbeiter, bestehen. Das ist nicht eine Liebesdienerei, eine Verhöhnung der Arbeiterschaft! Keine Gnade, wie im kaiserlichen Deutschland, nein, Recht und Rechte verlangt die Arbeiterschaft in dem Umfange wie es ihrer Bedeutung für das Volksganze zukommt. Die Republik ist entschlossen, diesen Rechtsanspruch zu erfüllen. Der Ausdruck dieses Entschlusses ist der Gesetzesentwurf über die Betriebsräte und Wirtschaftsräte. Die Wahlen zu den Betriebsräten sollen möglichst schon im Anfang des nächsten Jahres stattfinden können, die Wahlen zu den Wirtschaftsräten einige Wochen später.

Eine Schlichtungsordnung muß ein geregeltes Schlichtungsverfahren festlegen. An die Stelle der nackten Gewalt tritt das geregelte Gerichtsverfahren, dessen Urteil sich auch der Widerstandende zu fügen hat. Das letzte Ziel dieser Entwicklung ist das obligatorische Schiedsgericht.

Neben diesen großen Problemen stehen Aufgaben im Einzelnen. Vor allem sind es die Kriegsbe-

Er fühlte, wie das Herz sich ihm zusammenkrampfte und sein Schlag stockte. Er wollte fragen, wie es Dora erginge, er brachte kein Wort über seine Lippen. Wozu auch? Er wußte ja die Antwort im Voraus.

Wenige Sekunden später stand er an der Bahre seines letzten irdischen Glücks. Was da alles durch seine Seele ging, das läßt sich nicht beschreiben. Er brauchte sie nur anzuschauen, die friedlich Daliegende, die der Herr so leise und lind, träumend heimgeholt hatte, und er wußte und fühlte es: sie ist selig. Sie weilt im Lande des Lichts, wo es kein Weiden und Scheiden, keine Einsamkeit, keine Tränen, kein Trauern mehr gibt. Sie ist daheim.

Sollte er sich nicht mit ihr freuen? Hatte sie ihn nicht gelehrt, was Liebe ist, Liebe, die nicht das Ihre sucht, sondern sich freut an dem Glück des Geliebten — auch dann, wenn dies Glück den eigenen Wünschen und Hoffnungen das Grab gräbt? Sollte er vergeblich gelernt haben? Da sei Gott vor! Fritz Barben gelobte es in dieser Stunde sich und seinem Herrn:

„Ich will nichts mehr für mich verlangen, Es soll mir nichts am Herzen hangen Als meines großen Namens Ruhm.“

Der sei allein mein Ziel auf Erden, — dein Reich zu bauen, der Zweck meines Lebens, du selbst, Herr, meines Lebens Kraft und Inhalt.“

Ob er sein Gelübde gehalten? Die Wände seines Studierzimmers könnten von mancher schweren Stunde, von manch heißem Ringen und Kämpfen erzählen; aber das Werk seines Lebens predigt die Liebe, die nicht das Ihre sucht, und über seiner Bahn steht — für jedermann lesbar — das Lösungswort, mit dem er kämpft und siegt: „Mir ist das Leben — Christus.“

Ende.

eute noch ihrer
de ihren ersten
alten Regime,
des Haushalts
ei die Gelegen-
he geben. Diese
nteressie bean-
des Reichstabi-
okraten in die
e der Reichstag
ribünen waren
en Regierungs-
chministeriums
g der Sitzung

inen Anfragen
ber die Regie-
politische Lage

uen Reichsmi-
Reichsministe-
er offen. An-
auf die Wahlen
sie kam vor
den stattfinden
be noch eine
angehen, die sie
angehen kann.
schäftsrat, die
e, das Mann-
we den unbe-
werden. Hier-

feststellen: es
durch das Sol-
unserem tragi-
den Berg. Es
ft, aber wenn
schern gelingt,
den Betrieben
ite, unbedenk-
it wird wieder
äftliche Kampf-
ist. An das
ppmittel darf
bedenklichkeit
minder unheil-
orruption!
en gilt es hier
allen Mitteln,
ndem Ansehen
nders unseren
schulden, aber
über sind wir
halb des Be-
um es wieder
e Körperkraft
uch die par-
Winters wird
der Rechte
vor allem der
Rechtsdienerei,
keine Gnade,
ne und Rechte
fange wie es
umkommt. Die
pruch zu er-
ist der Gefes-
irtschaftsräte.
llen möglichst
inden können,
inige Wochen

muß ein ge-
An die Stelle
Gerichtsver-
streben die zu
klung ist das

hen Aufgaben
Kriegsge-

mpfte und sein
ora erginge, er
uch? Er wußte

er Bahre seines
ch seine Seele
ie sie nur an-
er so leise und
fte und fühlte
ts, wo es kein
e Tränen, kein

ie ihn nicht
t das Ihre
Geliebten —
Wünschen und
geblüh gelernt
te es in dieser
gen,

ens, du selbst,
Wände seines
in Stunde, von
len; aber das
nicht das Ihre
rmann lesbar
liegt:

adigten, die der Ruhe des Landes bedurften. Es
muß alles getan werden, um sie vor dem sozialen
Verfall zu schützen. Ein Gesetz über den Ein-
sitzungswang soll den Schwerbeschädigten Arbeit
und Auskommen sichern. An die gesunde Arbeiter-
schaft richte ich den Appell, jede ehrenvolle Tätigkeit
auf diese schwergeprüften Kollegen zu nehmen.

Zunächst geht die Neuordnung der Militär-
rentenversorgung, die nicht mehr nach militä-
rischen Dienstgraden, sondern nach sozialen Gesichts-
punkten aufgebaut sein soll. Ein dritter Weg, den
Opfern des Krieges zu helfen, ist das Gebiet der
Ansiedlung. Auf dem Gebiet des allgemeinen
Arbeiterschutzes ist ein Arbeitszeitgesetz in Vor-
bereitung, das den Arbeitstagen sicherstellen soll.
Die vielfach mißbrauchte Arbeitslosenfürsorge wird
im Sinne einer verstärkten Arbeitsbeschaffung für die
Erwerbslosen umgestaltet. Den endgültigen Abbau der
heutigen Zustände soll die gezielte Arbeits-
vermittlung bringen. Die Produktion ist
noch längst nicht auf der Höhe, die uns eine ausfüh-
rungsindustrie garantieren könnte. Vor allem aber
ist der Transport und damit auch der Abtransport
der Kohle noch völlig im Argen. Den Kohlenrevieren
und der Steigerung der Förderung wenden wir natür-
lich unsere ganze Aufmerksamkeit und Fürsorglichkeit
zu. Kein Hindernisprogramm gilt es, anzukämpfen,
das den Unternehmern Riesengewinne in die Taschen
jagt, die Arbeiter und Arbeiterinnen zu den Ar-
beitern an Leib und Seele zermürbt, sondern ein Pro-
gramm des ganzen deutschen Volkes, sozial in Geist und
Durchführung, das so wenig von Büchergewinn, wie
von Ausbeutung wissen will, aber ganz erfüllt ist
von dem unbefriedigten Willen zum friedlichen Auf-
stieg (Weisfall). Mißbräuchen und Verdrängungen
ist die militärische Institution der Republik ausgesetzt,
die Reichswehr! Wir brauchen heute die Truppen
noch zu zwei Zwecken: erstens, um im Innern das
Maß staatlicher Ordnung auch gegen Gewalt aufrecht
zu erhalten, ohne das gerade die Umwandlung in das
neue, freiheitliche Staatswesen nicht möglich ist. Und
zweitens, um dort ein Vorworgehen der Entschei-
dung zu verhindern, wo nach dem Friedensvertrag eine
freie, unbefristete Volksabstimmung über das künftige
Schicksal deutscher Landesteile entscheiden soll. Daß
diese zweite Aufgabe immer noch nicht gelöst ist, be-
ruht auf der immer neuen Verzögerung der Ratifi-
zierung des Friedens durch die Entente. Wir haben
heute noch rund 200.000 Mann im Innern und fast
ebensoviel an den östlichen Grenzen stehen. Die Reichs-
wehr mußte aus Trümmern aufgebaut werden, die
zum großen Teil monarchistisch waren und noch sind.
Wer seine Pflicht tut und seine Stellung nicht feiner-
heitsparteilich mißbraucht, ist in der Reichswehr
der Republik willkommen. Wer aber die militärische
Disziplin zu Hegezeiten benutzt, der darf fernerhin
keinen Platz mehr in der Reichswehr haben. Wir wol-
len keine Wehr und keine rote Garde. Eine Volkswehr,
das ist unser Ziel!

Ich erkläre mit allem Nachdruck, es ist unser Be-
streben, den Friedensvertrag nach Kräften und
in allen Teilen zu erhalten und zu erfüllen; in ganz
besonderem Maße gilt das aber von den militärischen
Bedingungen des Vertrages. Wir werden auf keinem
Wege anstreben, verdeckte Vergrößerungen unter irgend
einer Maske zu erzielen. Wir haben die Aufgabe
allen Verleumdungen zum Trotz die uns auferlegten
Bedingungen zu erfüllen. Die deutsche Regierung kennt
keine heiligen Vorbehalte, sie will von dem Grund-
satz: Not kennt kein Gebot! nichts wissen. Sie er-
füllt, was immer sie erfüllen kann. (Weisfall links.)
Aber die Unabhängigen haben ja auch die Vorgänge im
Reichstag der Regierung aufs Schuldbonto geschrieben.
Der Reichstagskanzler bespricht dann die Vorgänge
im Reichstag und erklärt: Heraus wollen wir mit
allen Mitteln aus einem Lande, wo wir nichts zu
suchen haben. Ich bin überzeugt, daß unsere Maß-
nahmen zu einem Erfolg führen. Dennoch kam das
Ultimatum mit der fürchterlichen Drohung der Hun-
derterkammer, im gleichen Augenblick, in dem in der
russischen Kammer der Friedensvertrag ratifiziert
wird. Kann man das einen Frieden nennen? Die
Reichsregierung hat die schärfste Verwahrung dagegen
angelegt, und von dieser Stelle nehme ich diesen
Protest noch einmal auf, um vor der ganzen Welt
den einfachen Tatbestand festzustellen.

So haben wir uns den Anbruch der Ära des
Bündnisses nicht gedacht. Wir haben den Vertrag
mit den Polen mit Freuden begrüßt. Es wäre, das
ist meine feste Überzeugung, ein Glück für die ganze
Welt, wenn unsere bisherigen Gegner auf diesem Wege
aufgehoben würden!

Der Reichstagskanzler macht für die Mißdeutung der
deutschen Politik im Ausland in erster Linie
die Deutschnationalen und die alldeutsche Presse ver-
antwortlich. Er zitiert konservative Blätter, was auf
der rechten Seite mit großem Lärm quittiert wird.
Die letzten Sätze des Redners gelten den heim-
tlichen Kriegsgefangenen. Er begrüßt sie mit be-
lebten Worten, die Bewegung auslösen.

Mit einem Ausblick in die vor uns liegende
schwere Zeit der Erfüllung des furchtbaren Friedens-
vertrages schließt der Reichstagskanzler unter dem star-
ken Beifall der Regierungsparteien. Rechts und links
ist geglättet, was erneute Beifallsbekundungen der
Reichstagsfraktionen auslöst.

Hg. Petersen (Dem.): Wir haben Vertrauen zum
Reichswehrminister und seinen Mitarbeitern und danken
ihnen, daß sie aus den Trümmern unseres früheren
schützigen Heeres eine Macht geschaffen haben, die diese
Aufgabe erfüllen kann. Der Redner wendet sich dann
gegen die Oppositionsparteien von links und
rechts und hält den Deutschnationalen vor, daß sie
ihre Schuld auf sich geladen haben.

Hg. Scheidemann (Soz.): Ich war ein Gegner
der Unterzeichnung des Friedens. Jetzt müssen wir
den Weg nach aufwärts finden, und unter diesem
Gesichtspunkt begrüße ich den Wiedereintritt der Demo-
kraten in die Regierung. Die Agitation der Deutschna-
tionalen halte ich nicht nur für nährisch, sondern
auch für gefährlich. Er mahnt zur Einigung der Ar-
beiterklassen. Wenn das monarchistische Gespenst Fleisch
und Blut gewinnen sollte, dann wird diese Einigung
erzogen sein. Wird es aber dann nicht zu spät sein?
Die Sache der Arbeiterbewegung muß über der der
Nationalen stehen. An eine gewaltsame Aenderung
des Friedensvertrages haben wir nie gedacht. Der

Krieg ist so grauhaft geworden, daß er kein berech-
tigtes Mittel der Politik mehr ist. Erst wenn alle
haben, worauf keiner verzichten kann, ist der wirkliche
Friede da: der Friede des gleichen Rechts für alle
Völker.

Hg. Graf Posadowski (Deutschnat.) kritisiert die
Zusammensetzung der jetzigen Regierung, die komischer
weise als der Bülow-Bund. Die Minister haben weder
Zeit, noch Vorbildung für ihr Amt, die Sozialdemo-
kraten betrachten die bürgerlichen Parteien nur als
Notbehelf. Wir sind keine Revolutionäre, wir machen
keinen 18. Brumaire. Dazu fehlt uns schon der Napo-
leon, der siegreiche General des Weltkrieges. Aber
grundsätzlich halten wir die monarchische Verfassung
für die beste für den festen Gang der Geschäfte. Die
Schäden des Parlamentarismus zeigen sich uns jetzt
geradezu erschreckend. Die Regierung will Ruhe und
Ordnung, aber sie hat Jahrzehntlang die Sturmflut
gegen jede Autorität getragen. Jetzt muß sie lernen:
Es gibt keine Kirche ohne Priester, keinen Staat ohne
Gendarmen. Ein Beamtenstreik ist eine Unmöglichkeit.

Hg. Joss (Ztr.): Durch den Eintritt der Demo-
kraten hat die Regierung die gewünschte Erweiterung
erfahren. Hinter den großen Parteien steht die große
Masse des Volkes.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 1 Uhr.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 7. Oktober.

Der Getreidebeschuss.

Vor schwachbesetztem Hause wurde zunächst eine
Reihe kleiner Anfragen beantwortet. Auf eine so-
zialdemokratische Anfrage über Verschiebung von
Brotgetreide dieses Jahres Ernte in den Grenz-
gebieten erklärte ein Regierungsvertreter, daß die Re-
gierung den Verschiebungen durch verschärften Grenz-
schutz und verschärfte Strafen entgegenwirken wolle.
Die Verschiebungen nehmen besonderen Umfang an
namentlich, weil die Truppen in den besetzten Ge-
bieten die deutschen Ausfuhrbedingungen nicht aner-
kennen, und für das Ausland infolge des niedrigen
Standes unserer Wäute und des erheblichen Unter-
schiedes zwischen den deutschen Getreidepreisen und
dem Weltmarktpreis ein beträchtlicher Anreiz zu den
Verschiebungen besteht. (Lebhaftes Gähnen!) Ueber
die Anerkennung unserer Aus- und Einfuhrbestimmun-
gen sind auf Veranlassung des Reichsfinanzministe-
riums Verhandlungen eingeleitet.

Das Haus setzte dann die zweite Beratung des
Staatshaushaltsplanes für die

Steuerverwaltung.

fort, zu der als erster Redner Hg. Molkenhauer
(Dnat.) sprach. Der Redner wandte sich in der Haupt-
sache gegen die Finanzpolitik Erzbergers, die die Er-
sparnisse des Einzelnen anzugreifen drohe. Das Reichs-
notopfer, wie es bisher erscheine, treffe die Flei-
ßigen und Sparsamen härter, als solche, die ihr
Geld leicht verdienen und es nachher auf die Straße
werfen. Der Eindruck bestesse, daß die Motive der
neuesten Steuererhebung Haß und Neid sind, und
daraus erkläre sich zum guten Teil die Kapitalflucht
in das Ausland. Der Notenumschuß sei mit einer
alle Grenzen überschreitenden Beschäftigungsbereit-
set worden. Nicht einmal die technischen Möglichkei-
ten dafür seien vorhanden gewesen.

Die Aussprache wurde durch einen Schlußantrag
beendet. Die Haushalte der direkten und indirekten
Steuern wurden angenommen, die Nachtragsetats für
1919 werden dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Eine sehr erregte Debatte entspann sich bei der
Beratung der Bekanntmachung vom 13. November
1918 über die Beschlagnahme des preussischen Kron-
fideikommissvermögens. Von unabhängiger Seite wurden
schwere Beschimpfungen gegen die Hohenzollern aus-
gesprochen, gegen die sich die Rechte verwahrte.

Die Bekanntmachung über die Beschlagnahme des
Vermögens des Kronfideikommiss und des preussischen
Königshauses wird genehmigt.

Der Etat der Seehandlung wird angenommen.
Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Eisenbahnetat.

Deutsches Reich.

— Durch Verfügung der zuständigen Ministerien sind
sämtliche Polizei- und Kriminal-Obereinsatze bei den
staatlichen Polizeiverwaltungen zu Hilfsbeamten der Staats-
anwaltschaft ernannt worden.

— Die unabhängigen Sozialisten Schöning, Diez, Reuten-
sohn und Meiß, die vor fünf Monaten, als die Truppen des
Generals Maeder Leipzig besetzten, in Schutzhaft genom-
men wurden, sind von der Festung Königstein wieder ent-
lassen worden.

— Nach dem bisherigen Wahlergebnis der Gemeinde-
wahlen in Köln erhalten die Volkspartei und die Deutschna-
tionalen zusammen 8 Sitze, die Demokraten 7, das Zen-
trum 48, die Mehrheitssozialdemokraten 43 und die Un-
abhängigen 8 Sitze.

550 Millionen zur Verbilligung der Lebens-
mittel. Der preussische Landesparlamentarismus ist ein
Gesetzentwurf ausgegangen, der die Verbilligung von
weiteren 550 Millionen Mark fordert, die zur Ver-
billigung von Lebensmitteln gewährt werden sollen.
Die Summe soll durch Ausgabe von Staatsanleihe-
scheinen aufgebracht werden. Im Juli ist bekannt-
lich damit begonnen worden, zunächst auf die Dauer
von drei Monaten verbilligte ausländische Lebens-
mittel auszugeben. Die Preislenkung soll durch Zu-
schüsse des Reichs, des Staates und der Gemeinden
oder Gemeindeverbände herbeigeführt werden, und zwar
soll auf jede dieser drei Stellen ein Drittel der
Kosten entfallen. Da indessen bedürftige Gemeinden
das auf sie entfallende Drittel nicht in allen Fällen
in vollem Umfange auf sich nehmen können,
ist vorgesehen, mit Unterstützungen durch den Staat
einzutreten. Dazu werden nach roher Schätzung etwa
50 Millionen Mark notwendig sein. Zu dieser Aus-
gabe tritt das vom Staate zu tragende Drittel der
Lebensmittelverbilligung, das auf 500 Millionen M.
veranschlagt wird.

Die Baltentkämpfer wollen bleiben. Die deut-
schen Freikorps in Kurland erklären in einem Auf-

ruf an das deutsche Vaterland, der gleichzeitige an
alle Kulturvölker der Erde gerichtet wird, daß sie sich
schweren Herzens dazu entschlossen haben,
in dem Kampf gegen die furchtbare Geißel des Bol-
schewismus, von der ganz Europa bedroht sei, aus-
zuhalten. Sie müßten, als Soldaten erzogen, doch
ihre Gewissen höher stellen als den Gehorsam er-
zwungenen Befehlen gegenüber. Sie fühlen sich dazu
berufen, die deutsche Grenze zu schützen vor den
unsagbaren Folgen eines Durchbruchs bolschewistischer
Horden. Wenn das Vaterland es über sich gewinnen
sollte, sie trotzdem zu verlassen, dann würden sie
eben die letzten sein, die aus dem großen Kriege
Pflucht und Ehre gerettet hätten. — Nach Auffassung
der zuständigen Stellen ist dieser Aufruf abgesetzt
worden, bevor der letzte Appell der deutschen Re-
gierung mit dem bekannten Befehlen des Reichs-
wehrministers in Kurland eingetroffen war. Es bleibe
abzuwarten, ob die völlige Sperrung von Munition,
Verpflegung und Ausrüstung nicht doch eine Aenderung
der Entschlüsse und des „versetzten Standpunktes“
der deutschen Truppen zur Folge haben werde. —
Die baltische Landeswehr hat den Bolschewisten Lie-
venhof nach hartnäckigem Kampf entzissen.

Franszösische Industriekolonie. Der „Kölnischen
Zeitung“ wird berichtet: Eine Abordnung von Fabrik-
anten aus der französischen Stahlwarenfabrik Thiers
wird demnächst Solingen besuchen. Das „Journal de
Thiers“ berichtet darüber, auf Vorschlag der Handels-
kammer sei beschlossen worden, daß eine Fabrikanten-
abordnung nach Solingen in Deutschland reisen
soll, um dort alle Fragen, die die Stahlwarenindu-
strie angehen, zu studieren. Diese Abordnung wird
offiziellen Charakter haben und somit alle Unter-
suchungsmittel zur Verfügung haben, die ihr nützlich
erscheinen, um sich zu unterrichten. Die Reisebauer
betragt ungefähr 10 bis 12 Tage. Die Abreise er-
folgt am 10. Oktober. — Die „Köln. Ztg.“ bemerkt
dazu: Wir müssen uns mit der Wieberegabe dieser
Mitteilung begnügen und fügen erinnernd hinzu,
daß die Solinger Messerwarenfabrik bereits im Juli
einen ähnlichen ausländischen Besuch gehabt hat und
sich schon damals mit einer Beschwerde an die Reichs-
regierung gewandt hat.

Die ober-schlesischen Gemeindevahlen sind zum
dritten Male verschoben worden. Das ober-schlesische
Zentrum hat gegen den zuletzt festgesetzten 2. No-
vember Einspruch erhoben, mit der Begründung, daß
die Wahlhandlung mit dem Allerseelenfest nicht ver-
einbar sei. Der Regierungspräsident in Oppeln hat
daher dem Wunsche der katholischen Bevölkerung nach-
gegeben und die Wahl auf den 9. November verschoben.
— Der Landesverband der schlesischen Zentrums-
parteien hat an den Fraktionsvorsitzenden des Landtags-
zentrums folgende Entschließung gefaßt: Das Zen-
trumskomitee Ratowitz bedauert die Fraktions-
erklärung vom 30. September in der ober-schlesischen
Frage, die entgegen den Entschließungen der ober-
schlesischen Zentrumsparteien erfolgt ist. Wir können uns
nicht verpflichten, bis zur Abstimmung auf die Agi-
tation für eine Form der Selbständigkeit Ober-schle-
siens zu verzichten, die erst eine Gewähr für die
Erfüllung ober-schlesischer Wünsche bietet.

Das arme Braunschweig. Unter dieser Epith-
marke schreibt die „Brschw. Landesztg.“: Von zuver-
lässiger Seite wird uns berichtet, daß die Vereinigung
der Deserteure Deutschlands in Braunschweig
ihren Hauptsitz habe. Die Vereinigung zählt minde-
stens 8000 Mann und soll durch Vermittelung von
Holland über Belgien und von Rußland Waffen, Mu-
nition und Geld erhalten. Ebenso befindet sich in
Braunschweig eine Nebenstelle des Bureaus zur Orga-
nisation von Kutschen und der „Propaganda der
Tat“, von der die Hauptstelle in Leipzig sein soll.
Es ist selbstverständlich, daß für diese Expan-
sionspläne dieser sauberen Herrschaften im Reime er-
stirbt und daß die führenden Persönlichkeiten, sobald
sie den durch Verfassung, Gesetz und Ordnung gezo-
gen Rahmen überschreiten, ungeschädlich gemacht werden.

Die Wohnungsnot in Sachsen hat in der letzten
Zeit bedrohliche Formen angenommen. Der dringende
Wohnungsbedarf für das laufende Jahr ist im
Januar 1919 vom Ministerium des Innern auf 10-
bis 12.000 Wohnungen veranschlagt worden. Im Juli
sind aber in ganz Sachsen nur 107 Baugenehmigun-
gen erteilt worden, im August gar nur 80. Es ist
daher ganz ausgeschlossen, die erforderliche Zahl von
Wohnungen zu beschaffen. Das Bauministerium hat
daher bei der Reichsregierung dringende Vorstellun-
gen erhoben, um sie zu veranlassen, für Sachsen
durch Erhöhung des sächsischen Anteils an den bisher
vorgesehenen 500 Millionen oder durch vermehrte Be-
reitstellung von Reichsmitteln helfend einzugreifen.

Gegen die Vergewaltigung des Gultschiner Län-
dens wird ein Einspruch „An alle“ verbreitet: Nach
Artikel 83 des Friedensvertrages soll der südbliche Teil
des Kreises Ratibor, das Gultschiner Ländchen,
ohne Volksabstimmung der Tschechoslowakei ein-
verleibt werden. Diese Bestimmung hat allgemeine
Erregung und heftigsten Widerstand unter der Bevöl-
kerung hervorgerufen, die ausnahmslos den Wunsch
hegt, bei Deutschland zu verbleiben. Die Einwohner
des Gultschiner Ländchens bitten die alliierten und
assoziierten Mächte in letzter Stunde, die Ungerech-
tigkeit aus dem Friedensvertrage zu beseitigen und
der Bevölkerung des Gultschiner Ländchens das vom
Präsidenten Wilson proklamierte und garantierte Recht
der Volksabstimmung zu gewähren.

Rundschau im Auslande.

Wegen bolschewistischer Agitation im polnischen Heere
berurteilte das Feldgericht Posen den Tischler Frade aus
Posen zu fünf Jahren, die Wider Meymann und Nachtigall
aus Ruda zu je zehn Jahren Zuchthaus.

In Amsterdam wurde die 4. internationale Konferenz
der Hausarbeiter unter dem Vorsitz des deutschen
Delegierten Paepow eröffnet. Es haben Vertreter ent-
sandt: Deutschland, Belgien, Frankreich, Holland, Dester-
reich, Norwegen, Schweden, Dänemark und die Schweiz.

Der Gouverneur von Straßburg, General Hirsch-
auer, nimmt seinen Abschied. General Gouraud wird sein
Nachfolger. Straßburg wird Sitz eines Armeekorps werden.

Argentinien wird zurzeit von einer schweren
Augen-Grippe-Epidemie heimgesucht. Die Krankheit hat
einen überaus ernsten Charakter mit überraschend tödlichem
Ausgange.

